

14/2016

Arzneimittel und Zuzahlungen

Wenn ein Arzt Medikamente verordnet, übernehmen die Krankenkassen davon einen Festbetrag. In der Regel müssen Versicherte etwas zuzahlen. Wer **gezielt nach wirkungsgleichen und zuzahlungsfreien Medikamenten fragt**, kann jedoch Geld sparen.

Der Flyer (2 Seiten) leider z.Z. nur als Download verfügbar!:

https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestellservice/arsneimittel-und-zuzahlungen-faltblatt_2014_02_06.html?nn=670290

Aktualisiert: „Informationen für die häusliche Pflege“

Die Broschüre (Stand: 21. April 2016) bietet einen Überblick über die häusliche Pflege und beantwortet die häufigsten Fragen im Zusammenhang mit der Pflege von Angehörigen im häuslichen Umfeld. Dabei sind außerdem die Neuerungen aus dem Pflegestärkungsgesetz I hervorgehoben. Diese sowie weitere Broschüren zum Pflegestärkungsgesetz finden Sie auch unter folgendem Link.

Die Broschüre (32 Seiten) kann über folgenden Link gelesen oder bestellt werden:

https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BMG/_2659.html?nn=670290

oder über den Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Servicetelefon: 030 18 272 272 1, Servicetefax: 030 18 10 272 272 1

Der Einstieg in die Rente soll flexibler gestaltet werden

Arbeitnehmer in Deutschland sollen vom kommenden Jahr an flexibler in die Rente einsteigen können. Entsprechende Pläne der großen Koalition sollen nun in Gesetzesform gegossen werden. Das kündigten der CDU-Sozialpolitiker Karl Schiewerling und der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Max Straubinger, am 11.05.2016 in Berlin an. Zum Beispiel soll, wer bereits mit 63 in Teilrente geht, mehr als bisher (450 Euro) dazu verdienen können. Das Arbeiten über das normale Rentenalter hinaus soll attraktiver werden.

Deutscher Bundestag: Mehr Zeit für Abgabe der Steuererklärung

Wer seine Steuererklärung selbst ausfertigt, muss sie künftig erst Ende Juli des folgenden Jahres einreichen und nicht wie bisher bis zum 31.05. Wer die Frist allerdings nicht eingehalten, muss in Zukunft ein Zuschlag von 25 Euro pro Monat entrichtet werden.

EU bringt auch Sparguthaben der Deutschen in Gefahr

Der Widerstand gegen die geplante gemeinsame Einlagensicherung der EU ist überraschend gewachsen. Offenbar fürchten nun mehrere EU-Staaten den Unmut ihrer Wähler, wenn ihre Sparguthaben für alle Banken in der EU als Haftung verwendet werden können. Außerdem könnten die Sparer ihr Geld von den Banken abziehen, was die ohnehin fragilen Banken in Europa unter Druck setzen würde. Deutschland und andere EU-Staaten planen nunmehr ein Veto-Recht beim wichtigsten Pfeiler der umstrittenen europäischen Einlagensicherung.

EZB läutet Bargeldabschaffung ein – Das „Aus“ für den 500er besiegelt

(red/pr) Seit Wochen wird darüber diskutiert, am 04.05.2016 fiel die Entscheidung: Das „Aus“ für den 500-Euro-Schein ist besiegelt. Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat beschlossen, dass die Ausgabe der größten der sieben Euro-Banknoten „gegen Ende 2018“ eingestellt wird. Aktuell sind derzeit 594 Millionen Stück 500er Scheine im Umlauf. Nicht nur Skeptiker sehen in diesem Schritt den Anfang vom Ende des Bargeld-Umlaufs.